

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 94.

Dresden, Dienstag den 26. April 1910.

21. Jahrg.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich 2.75 unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.— Erhebungslohn mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14. II. Tel. 3405. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die halbspaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Verrentanzeigen 30 Pf. Insetate müssen bis höchstens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Maifeier und Wahlrechtskampf.

In Preußen muß die diesjährige Maifeier im Zeichen des Wahlrechtskampfes stehen. In der sogenannten „Rechtsprechung“ für Preußen dauert das schmachvolle Schacher der Verträge fort. Noch ist es ungewiß, ob die ganze elende Tragödie einer Wahlreform, die doch ganz alles beim alten lassen soll, mit einem völligen Ende endigt oder ob irgendein Produkt von Angst und Verwirrung schließlich herausbefördert wird. Da wird am 1. Mai die Arbeiterklasse Preußens für ihr Recht demonstrieren. Sie ist — Kampfeslust! ist die Lösung.

Aber auch die gesamte deutsche Arbeiterschaft nimmt Anteil an den Kämpfen in Preußen. Denn von allen her, vom preussischen Herrenhaus und Dreiklassenhaus her, verweigert das preussische Junkertum des ganzen Reiches die Entwicklung. Von Preußen her wird jeder Schritt in der Reichspolitik gehindert, von Preußen her werden die Grundlagen der Reichsverfassung, wird das Reichsrecht andauernd bedroht. Preussischer Kampf ist deutscher Kampf!

Der sozialdemokratische Parteivorstand und die leitenden Kräfte unserer Partei in Preußen veröffentlichen heute folgenden Aufruf in der Parteipresse:

Das Klassenbewußte Proletariat aller Länder rüft, um drücklich zu demonstrieren gegen jegliche ökonomische und politische Unterdrückung, für den Völkerverfrieden, für die soziale politische Gleichberechtigung und die Beseitigung jeder Klassenherrschaft.

Für das preussische Proletariat steht dieses 1. Mai im Zeichen eines erbitterten Wahlrechtskampfes. Dieser Kampf wird und muß durchgeführt werden zum Siege des allgemeinen, gleichen, direkten und allgemeinen Wahlrechts. Schon mußten dem Massenaufruf des preussischen Volkes die Polizeimaßnahmen weichen, die Strafen gegen die Wahlrechtskämpfer freigegeben werden.

Im Dreiklassenhaus selbst haben die Vertreter von Thron, Reich und Geld nicht auf die Stimme des Volkes gehört. Ausgelutetem Hohn hat der Bloß der Junker und Pfaffen Forderungen der Millionen entrechteter Staatsbürger bestritten. Dem Rufe nach einem freien Wahlrecht folgte die Abrohung der Waffengewalt. Die Söhne und Brüder der Arbeiter sollen die Wahlrechtsforderungen ihrer Väter und Brüder in einem Blutbade ersticken!

Die Spottgeburt einer Wahlrechtsreform ist nun im Herrenhause überantwortet. Die „geborenen“ Gesetzgeber, die in dem arbeitenden Volke nur Lasttiere sehen, sollen über das wichtigste Recht des Volkes entscheiden. Der Teilung des Volks in drei Klassen wollen sie noch eine Bevorzugung der „Bildeten“, Offiziere und Verwaltungsbeamten hinzufügen. Nicht aus Achtung vor der Bildung, sondern aus maßloser Verachtung der Arbeiterklasse, der Hauptstütze der modernen Kultur!

Dieser frechen Provokation des arbeitenden Volkes ist die Zertrümmerung der Rechte seiner Vertreter im Abgeordnetenhaus folgen. Die Polizei soll aufgerufen werden, um den wenigen sozialdemokratischen Vertretern die Ausübung ihrer Interessen zu machen. Der Präsident der preussischen Kammer soll zum Hausknecht der Mehrheit degradiert werden, die Minderheit zu verweigern! Ein Parlament, das so entwürdig, gibt sich selbst der Verachtung preis.

Durch strapaziöse Ausnutzung ihrer Macht suchen diese Reaktionsäre die Gewalt Herrschaft ihrer Klasse aufrecht zu erhalten. Nichtswürdig und ehrlos wäre das preussische Proletariat, würde es diese unerhörten Gewaltstöße ruhig erdulden. Mit diesem System kein Frieden! Je unverhüllter die Reaktion ihre Ziele verfolgt, um so kraftvoller muß sich der Widerstand des kämpfenden Proletariats entfalten.

Der Wille des arbeitenden Volkes, seine Wahlrechtsforderungen zum Siege zu führen, muß am 1. Mai machtvoll zum Ausdruck kommen.

Der preussische Wahlrechtskampf berührt nicht nur die Interessen des preussischen Proletariats. Er geht das Proletariat ganz Deutschlands an. Preußen beherrscht Deutschland. Preußens Reaktion lastet wie ein Alp auf dem deutschen Land. Ihre Niederwerfung in Preußen ist zugleich die Befreiung des Reiches.

Deshalb werden die Parteigenossen im ganzen Reich die Maifeier zu einer Sympathieundgebung für das preussische Proletariat und zu einem Protest gegen die schmachvollen Zustände Preußens gestalten.

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Wir fordern euch auf, auch am 1. Mai den Kampf zur Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts mit alledem Nachdruck zu führen. Stärkt unsere Organisationen! Werbt neue Mitkämpfer und Mitkämpferinnen! Verbreitet die Aufklärung und gewinnt neue Leser für die Parteipresse! Begeistert auch die Jugend für unseren Wahlrechtskampf!

Hoch die Maifeier! Hoch der Wahlrechtskampf!

Bauarbeiterausperrung und Wohnungsnot.

Die Unternehmer im Baugewerbe haben einen Kampf vom Jaune gebrochen, der, wenn er in vollem Umfange durchgeführt wird, das gesamte deutsche Wirtschaftsleben auf lange Zeit hinaus aufs schwerste beeinträchtigen würde. Die kriegslüsterigen Herren werfen sich in die Brust und beteuern laut ihre Treuefertigkeit. Je weniger man ihnen Glauben schenkt, desto lauter schreien sie es jedem ins Ohr, der es hören will, daß die Halsstarrigkeit der Arbeiterorganisationen die Schuld am Kampfe trage. Aber sie selbst strafen sich Lügen. In geheimen Erlässen flüstern sie sich gegenseitig zu, daß die Klippe der friedlichen Einigung glücklich umschifft sei. Was sie wollen, ist Kampf bis aufs Messer gegen die Arbeiter und ihre Organisationen, die ihnen in ihrer blauen Kriegserklärung ein schrecklicher Gesandter sind. Die Bande des Zusammenschlusses zu sprengen, den einzelnen Arbeiter hilflos und machtlos gegenüber den „Herren im Hause“ zu machen, das ist das Ziel ihrer heißesten Wünsche.

Unter diesem Vorwand scheuen sie vor keinem Machtmittel zurück, sei es noch so brutal. Lächelnd werfen sie Tausende von Arbeitern aufs Pflaster. Dieselben Leute, die ein Wutgeheul anstimmen, die nach Maschinenengewehren schreien, wenn die Arbeiter es wagen, die Anerkennung eines gesetzlich verbürgten Rechtes durch Arbeitsüberlegung zu erkämpfen, dieselben Leute proklamieren mit einem Federstrich die Generalausperrung, wenn ihre Herrergelüste es erfordern. Was kümmert es sie, wenn Tausende und Hunderttausende direkt oder indirekt brotlos werden!

Die Ausperrung im Baugewerbe trifft den einzelnen Arbeiter noch deshalb besonders schwer, weil die Natur des Berufes als Saisonberuf einen regelmäßigen Verdienst überhaupt ausschließt. Während des Winters ist der Bauarbeiter mit wenigen Ausnahmen gezwungen zu feiern. Einen großen Teil des Jahres ist er ohne Verdienst, die warme Jahreszeit allein bleibt ihm übrig, den Lebensunterhalt für sich und seine Familie zu verdienen. Der Machtpruch der Baugewerbetreibenden wird dadurch noch ein größeres Vergehen.

Aber nicht nur das eigentliche Baugewerbe wird durch die Folgen der Ausperrung schwer getroffen. Ebenso schwer werden alle Berufe, die mehr oder minder an einer regen Bautätigkeit interessiert sind, in Mitleidenschaft gezogen. Die Ausperrung im Baugewerbe bedeutet für eine ganze Reihe von Berufen, wie Glaser, Tapezierer, Maler, Schlosser, Tischler usw., Einschränkung der Arbeitsgelegenheit, infolgedessen Arbeitslosigkeit und Verminderung des Verdienstes. Die Arbeiterfamilie kann dem nur durch Verabfolgung der Lebenshaltung begegnen. Und was das für eine Arbeiterschaft heißt, die jetzt schon Butter durch Margarine und Fleisch durch Kartoffeln ersetzen muß, wird jeder begreifen, der die Not des Arbeiters kennt. Durch die noch größere Einschränkung der Konsumfähigkeit des Arbeiters werden rückwirkend aber auch die kleinen Geschäftskreise, bei denen der Arbeiter seinen Bedarf an Lebensmitteln deckt, auch in die Schär derer eingezogen, die die Kriegskosten aus ihrem schmalenbeutel bezahlen müssen.

Doch hiermit ist das Sündenregister der Mordtaten noch nicht erschöpft. Einschränkung der Bautätigkeit auf längere Zeit und über das ganze Reich hin bedeutet vermehrte Wohnungsnot für weite Schichten der Bevölkerung. Der Mangel an Wohnungen und vor allem an Kleinwohnungen ist schon heute eine ständige Erscheinung aller Groß- und Mittelstädte. Wird der Bau von Wohnungen durch die willkürliche Ausperrung auf längere Zeit unterbunden, so wird die Wohnungsfrage der Unternehmer zu einem Verbrechen an der Wohlfahrt der gesamten Bevölkerung. Deutlicher kann das Scharfmachertum seine Kulturfeindschaft kaum noch erweisen, als durch dieses strapaziöse Attentat auf die Volksgesundheit.

Gerade jetzt, da die Baugewerbetreibenden die wohnungssuchende Bevölkerung den gewinnbringenden Hauspacht als gute Preise preisgeben, ist die Schrift beachtenswert, die der frühere Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Graf Posadowski, auf Grund seines im Januar in München gehaltenen Vortrags über die Wohnungsfrage als Kulturproblem erschienen ist. In dieser Schrift geht der Verfasser mit ziemlich klarem Blick an die Wohnungsfrage heran und scheint sich nicht, manche deutliche Wahrheit auszusprechen. Wohl ist das meiste davon schon mehr als einmal gesagt worden, aber es schadet nicht, wenn es die Widersacher auch einmal aus dem Munde eines früheren Ministers zu hören bekommen. Nachdem Graf Posadowski die Schäden der städtischen Wohnungs- und Grundstückspekulation aufgezeigt hat, ruft er den gesetzgebenden Körperschaften zu: „Um diesen Uebelständen wirksam entgegenzutreten, wird es eines sehr tiefen Eingriffes in die öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Gesetzgebung bedürfen. . . . Vor allem aber werden Staat und Gemeinden dürfen. . . .“

Vor allem aber werden Staat und Gemeinden dürfen. . . . Er hat damit vollkommen recht. Und besonders recht, wo die Gefahr besteht, daß die herrschende Wohnungsnot durch die Gewalttätigkeit der Bauherren noch gesteigert wird, müssen die Gemeinden sich in besonderem Maße ihrer Pflicht auf dem Gebiete des Wohnungswesens erinnern. Staat und Gemeinden müssen infolge des letzten gewalttätigen Vorgehens der Unternehmer erst recht daran gehen, auf eigene Rechnung den Bau

von Wohnungen vorzunehmen. Tun sie es nicht, so machen sie sich mitschuldig an den Folgen des Unternehmerstarrsinns.

In Wiesbaden hat man sogar die Pfandarbeiten abgebrochen mit der Begründung, daß der Magistrat zur Neutralität verpflichtet sei. Das ist eine fadenscheinige Ausrede. Denn in diesem Falle sollte es für die Gemeinden keine Neutralität geben. Das ist einseitige Begünstigung einer Machtgruppe zum Nachteil der gesamten Bevölkerung, den wahren Grund eines derartigen Verhaltens der Gemeindeverwaltungen erkennt auch Graf Posadowski, wenn er sagt: „Einer kräftigen und vorfordrigen Bodenpolitik im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung stellt sich leider vielfach das Uebergewicht des Grundbesitzstandes in den städtischen Vertretungen entgegen.“ Die Ursache der einseitigen Stellungnahme ist leicht zu erkennen: Wohnungsmangel liefert die Masse der Mieter an die Hauspächter und Bodenbesitzer aus und die Ausperrung im Baugewerbe bringt Wasser auf ihre Mühlen.

So hat denn aber auch andererseits die gesamte Arbeiterschaft und die ganze minderbemittelte Bevölkerung das größte Interesse daran, die Bauarbeiter in ihrem Kampfe gegen das übermütige Baukapital mit allen Mitteln zu unterstützen. Der glückliche Ausgang des Kampfes der Bauarbeiter wird zugleich einen Erfolg bedeuten gegen die Kasse von Menschen, die aus der Wohnungsnot des Volkes Kapital schlagen.

Die französischen Wahlen.

Paris, 25. April.

Der Ausgang der Wahlen in Frankreich läßt eines mit Sicherheit erkennen: eine Verstärkung der republikanischen Mehrheit. Die Zusammensetzung der Kammer bleibt im wesentlichen der Kammer von 1906 gleich. Gewinn und Verlust der Parteien halten sich vorläufig die Waage, doch ist als Resultat der zahlreichen Stichwahlen ein Gewinn der Radikalen und der Sozialisten zu erwarten. Die Statistik der bisher bekannten Wahlen stellt sich folgendermaßen: Bis früh 4 Uhr waren 531 Wahlergebnisse bekannt. Gewählt sind 49 Republikaner, 138 Radikale und Sozialistische Radikale, 11 unabhängige Sozialisten, 30 geeinigte Sozialisten, 35 Progressisten, 13 Nationalisten und 48 Konserervative und Liberale. 207 Stichwahlen sind erforderlich.

Unser Genosse, die geeinigten Sozialisten, verfügten in der bisherigen Kammer über 54 Sitze, 1902 über 41. Ihre Stichwahlausichten sind so günstig, daß sie mindestens die Mandatszahl von 1906 wieder erreichen.

In Chambon dauerte die Erregung der Bevölkerung an. Vier Personen wurden unter der Anschuldigung, Schüsse auf die Gendarmen abgegeben zu haben, verhaftet. Zwei Schwadronen Dragoner und 80 Gendarmen befinden sich bereits im Orte. Ein Bataillon Infanterie wird noch erwartet.

Zu der Verhandlung unseres Genossen Rouanet in der Pariser Montmartre-Verammlung wird uns aus Paris geschrieben: Mehrere Versammlungen, in denen die Kandidaten der Partei sprechen sollten, wurden am Sonnabendabend von den Anhängern der „direkten Aktion“, den Leuten der C. G. T., der Herdöschken Guerre Sociale usw. gestoppt. Am ärgsten ging es in einer Versammlung zu, in der einer der ältesten französischen Genossen, Rouanet, mit seinem nationalstaatlichen Gegenkandidaten Bernard diskutierten sollte. Rouanet wurde nicht nur mit Pfiffen und anderer Rufenmusik begrüßt und am Reden verhindert, sondern die „Delegierten“ der C. G. T., der Guerre Sociale stürzten sich auf ihn und mißhandelten ihn tödlich. Eine Anarchistin schlug ihn mit einer langen Nadel, ein Anarchist schlug ihm mit der Faust ins Gesicht. Als der Tumult so gefährlich wurde, daß die Anwesenden hinaus wollten, verpörrten einige Tumultuanten den Ausgang und irgendeiner gab sogar zwei Revolverkugeln ab, die eine Panik zur Folge hatten. Die Sozialisten versuchten so gut als es ging sich zu wehren, da jedoch die „Revolutionsäre“ mit den nationalstaatlichen Reaktionsären in den Sozialisten ihren gemeinsamen Feind hatten, blieben sie die Stärkeren. Den besonderen Haß der antiparlamentarischen Revolutionäre hat sich Rouanet dadurch zugezogen, daß er ganz offen zu sagen wagte, die Antiparlamentarier würden nichts als die Geschäfte der Reaktion besorgen. In milder, allzu milder Form konnte man in den allerletzten Tagen solche Bemerkungen endlich auch in der Humanität finden. Wochenlang wurde die Schlaglitation in Jourds Blatt so geführt, als ob die Schonung der antiparlamentarischen, sozialistischen Feinde der C. G. T. und der Guerre Sociale die Hauptfache wäre. Kurz vor Lorenzschluß ermannte sich die Redaktion zu einigen Äußerungen, die schon längst und in ganz anderer Form, mit ganz anderer Entschiedenheit hätten gemacht werden müssen. Dafür mußte sie gestern Abend büßen: um zehn Uhr erschienen etwa dreißig „Delegierte“ der C. G. T. und der Guerre Sociale auf der Redaktion der Humanität und „fabotierten“, was ihnen gerade unter die Hände kam: einen Purreugehilfen, eine Wanduhr, einige Stühle und die Telephonapparate. Zu dem skandalösen Treiben der Leute von der „direkten Aktion“ wird die sozialistische Partei nach den Wahlen ernsthaft Stellung nehmen müssen.

Vertical text on the left margin, including numbers and small advertisements.

Vertical text on the right margin, including small advertisements and notices.